

**Interpellation von Jean Luc Mösch, Erich Grob, Martin Hausheer, Patrick Iten und Thomas Meierhans, betreffend ausländische Fahrzeuge auf Zuger Strassen.**

Wer aufmerksam ist, wird unweigerlich bemerken, dass auf den Zuger Strassen eine sehr hohe Zahl an im Ausland zugelassenen Fahrzeugen – darunter Personenwagen, Kleintransporter, Motorräder und Motorroller – unterwegs ist, unabhängig davon, ob sie mit einem Verbrennungs- oder einem E-Antrieb ausgestattet sind.

Diese hohe Dichte an ausländischen Fahrzeugen ist mit Sicherheit nicht in erster Linie dem Tourismus geschuldet, sondern hat mit Zuzügen oder gar Wochenaufenthalten zu tun, also mit Personen, die hier einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Es ist anzunehmen, dass sich darunter auch eine gewisse Anzahl an Personen befindet, die neu in den Kanton Zug gezogen sind und noch keinen Wechsel der Fahrzeugkennzeichen vorgenommen haben.

Hinzu kommt eine grosse Zahl an Fahrzeugen aus der Ukraine.

In Bezug auf die objektiv erkennbare Zunahme ausländischer Fahrzeuge stellen sich jedoch einige Fragen zur technischen Zulassung und somit zur Verkehrstauglichkeit der Fahrzeuge sowie zur Sicherstellung des Versicherungsschutzes nach geltendem Schweizer Recht und dem anzuwendenden Verkehrsabkommen mit der Europäischen Union oder weiteren Staaten.

Ein Blick zu unserem Nördlichen Nachbarn ergibt einen Einblick in die gesetzlichen Vorgaben. Die Hauptuntersuchung (HU), oft auch als TÜV-Prüfung bekannt, hat in Deutschland eine neue Regelung für 2025. Die Farbe der TÜV-Plakette ändert sich je nach Prüfungsjahr, wobei die Farbe für 2025 gelb ist. Von ihm können Verkehrsteilnehmer und die Polizei ablesen, wann die nächste Hauptuntersuchung (HU) des Autos ansteht. Neuwagen müssen erst nach drei Jahren zur Hauptuntersuchung (HU), danach alle zwei Jahre. Wer die HU überzieht, riskiert Bussgelder und eine Nachprüfung.

Ist das Fahrzeug verkehrssicher und erfüllt alle Umweltauflagen, bekommt es als Nachweis eine neue Plakette.

Daher lässt sich ableiten, dass ein Fahrzeug ohne besagte oder gültige HU-Plakette als nicht verkehrssicher einzustufen sei.

Grundsätzlich ist dies mit höchster Wahrscheinlichkeit auch so bei anderen Europäischen Fahrzeugen.

Aus dieser Situation ergeben sich für die Interpellanten folgende Fragen:

- a. Inwieweit sind die Mitglieder der Zuger Polizei im Bereich der Grundlagen zur Erkennung von relevanten Prüfberichten/Dokumenten und Abgaswartungen bei ausländischen Fahrzeugen geschult und können diese Kenntnisse auch anwenden?
- b. Wie viele Kontrollen hat die Zuger Polizei im Vergleich zu anderen Kantonspolizeien in den letzten 5 Jahren in diesem Bereich durchgeführt?
- c. Wie viele Beanstandungen konnten in den letzten 5 Jahren erfasst und zur Anzeige gebracht werden?
- d. Wurden in den letzten 5 Jahren, Nachkontrollen beim Zuger Strassenverkehrsamt von ausländischen Fahrzeugen angeordnet für die Bereiche Abgasnorm oder Verkehrstauglichkeitsprüfung?
- e. Verfügt das Strassenverkehrsamt für Nachkontrollen von ausländischen Fahrzeugen, welche effektiv auf der Durchreise sind über einen Pikettdienst um die Erhebung, resp. Fahrzeugkontrolle zeitnah umzusetzen?
- f. Welchen Gebühren wird für diese Sonderleistung beim Strassenverkehrsamt erhoben.
- g. Wurden in den letzten 5 Jahren ausländische Fahrzeuge an der Weiterfahrt gehindert, bis zur Instandstellung der Mängel oder Erstellung eines Prüfberichtes (MFK/Abgastest) auf dem Gebiet des Kanton Zug.

Dadurch ergibt sich in dieser Thematik ein zusätzlicher Bereich, in dem es ebenfalls einige Fragen zu beantworten gilt.

- h. Wird im Zuge von Kontrollen von ausländischen Fahrzeugen auch der Nachweis der obligatorischen Fahrzeughaftpflichtversicherung durch die Zuger Polizei gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen der schweizerischen Grenzversicherung, welche in Art. 74 Abs. 3 Lit. a des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) und in Art. 44 der Verkehrsversicherungsverordnung (VVV) geregelt sind vollzogen?

- i. Wie viele Kontrollen hat die Zuger Polizei in den letzten fünf Jahren in diesem Bereich durchgeführt?
- j. Gibt es dazu eine Auswertung über die letzten 5 Jahre und den erfassten Beanstandungen.

Daraus ergibt sich die abschliessend Grundhaltungsfrage.

- k. Ist die Sicherheitsdirektion gewillt, in den oben genannten Themenbereichen künftig gezieltere Kontrollen durchzuführen und die Ergebnisse statistisch zu erfassen und zu publizieren?